



Fehlprogrammierte Reform?	559
Arbeitslosigkeit in Berlin (West) nach Berufen	565

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 48/81

Berlin

26. November 1981

48. Jahrgang

Fehlprogrammierte Reform?

— Zur künftigen Gestaltung der Finanztransfers in der EG —

In der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft ist der gemeinsame Haushalt immer wieder Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen gewesen. Bis Ende der sechziger Jahre ging es vor allem um die Höhe der Finanzbeiträge, die die einzelnen Mitgliedstaaten zu zahlen hatten. Die siebziger Jahre standen im Zeichen der Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedstaaten (verkörpert im Rat) und den „eigentlichen“ Gemeinschaftsorganen (Kommission und Parlament) um die Ausgaben für die Regional-, Sozial- und Innovationspolitik. Es war zugleich ein Kampf des Europäischen Parlaments um mehr Haushaltsbefugnis im Institutionengefüge der Gemeinschaft, denn über diese neuen Ausgabenkategorien hat das Parlament die letzte Entscheidung. Mit großer Regelmäßigkeit drückte hier der Rat die Mittelansätze der Kommission, während das Europäische Parlament wiederum nach oben korrigierte (vgl. die erste Tabelle). Über den großen Block der Agrarausgaben befindet dagegen letztlich der Rat.

Für die achtziger Jahre sind neue Konflikte vorgeplant. Sie bestimmen die gegenwärtige Reformdiskussion. Einmal zeichnet sich ab, daß die Eigeneinnahmen¹ nicht ausreichen, so daß künftig entweder stark gespart werden muß oder, zumal unter dem Einfluß der Einbeziehung dreier finanzschwacher Beitrittsländer, neue Finanzquellen zu erschließen sind. Zum anderen haben die nationalen Haushaltszwänge zu einem Denken in Kategorien der Nettofinanzierung geführt, das bis vor wenigen

Jahren noch absolut tabu war, weil es eine der mühsam erarbeiteten Säulen der Gemeinschaft — die finanzielle Solidarität auf der Grundlage eigener Einnahmen — in Frage stellt. Gebrochen wurde dieses Tabu im Frühjahr 1980, als Großbritannien in härtesten Verhandlungen als Entschädigung für seinen hohen Nettobeitrag im Agrarsektor (Abführung hoher Abschöpfungen bei geringen Einnahmen aus dem Garantiefonds) Kompensationszahlungen in Höhe von knapp 2,6 Mrd. ECU² für die Jahre 1980 bis 1981 durchsetzte.

Finanzbedarf

Von den im EWG-Vertrag ausdrücklich und gleichrangig genannten Tätigkeiten der Gemeinschaft erfordern insbesondere die gemeinsame Agrarpolitik und die gemeinsame Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Gemeinschaftsmittel. Hinzu kommen vor allem die Mittel für den Regionalausgleich; sie sollen die vom Vertrag postulierte „harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens“ sichern bzw. den „Rückstand weniger begünstigter Gebiete“ verringern helfen.

¹ In den siebziger Jahren wurde die Gemeinschaft sukzessive mit eigenen Einnahmen ausgestattet, indem zunächst im wesentlichen die Agrarabschöpfungen und ein zunehmender Teil der Zölle, später auch ein einheitlicher Prozentsatz einer — harmonisierten — Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage (maximal 1 vH) nach Brüssel abgeführt werden mußten.

² 1 ECU betrug im Jahresmittel 1980 DM 2,52; seit dem realignment im EWS vom 4. 10. 1981 beträgt der Gegenwert etwa DM 2,41.

Variation der Haushaltsansätze¹⁾ im Verlauf des Haushaltsverfahrens²⁾³⁾
1973—1982

			Ausgaben insgesamt	Agrar- sektor	Soziales	Regionales	F&T, In- dustrie	Entwick- lungshilfe	Verwal- tung	Ersta- ttungen
1973	Vorentwurf Kommission	Mrd. RE	5,067	3,307	0,261	-	0,086		0,303	0,269
	1. Lesung Rat	vH	87,6	117,2	92,3	-	76,6		97,4	95,5
	Verabschiedung EP ⁴⁾	vH	83,8	95,0	92,3	-	100		91,8	94,9
1974	Vorentwurf Kommission	Mrd. RE	5,782	3,905	0,471	0,500	0,088	-	0,387	0,302
	1. Lesung Rat	vH	86,9	98,1	69,6	-	98,0	-	92,8	97,2
	Verabschiedung EP	vH	87,8	98,3	69,6	-	98,0	-	103,0	97,4
1975	Vorentwurf Kommission	Mrd. RE	7,212	4,512	0,418	0,650	0,157	0,608	0,352	0,406
	1. Lesung Rat	vH	80,1	95,5	81,1	46,2	79,1	37,8	82,1	95,1
	Verabschiedung EP	vH	80,8	95,5	90,6	z.E. ⁵⁾	80,1	37,8	82,8	95,2
1976	Vorentwurf Kommission	Mrd. RE	8,071	5,493	0,517	0,450	0,249	0,419	0,373	0,437
	1. Lesung Rat	vH	92,6	99,9	79,9	66,7	54,5	51,2	96,6	97,7
	Verabschiedung EP	vH	93,9	100	87,6	66,7	69,2	56,6	97,0	98,1
1977	Vorentwurf Kommission	Mrd. RE	9,287	6,263	0,185	0,500	0,250	0,322	0,394	0,596
	1. Lesung Rat	vH	93,9	96,1	99,3	80,0	81,7	73,9	97,6	97,8
	Verabschiedung EP	vH	94,8	96,1	102,4	80,0	94,7	83,8	98,1	98,1
1978	Vorentwurf Kommission	Mrd. ECU	12,414	8,823	0,560	0,525	0,400	0,633	0,568	0,690
	1. Lesung Rat	vH	96,4	103,8	74,4	74,3	64,8	47,9	95,2	100
	Verabschiedung EP	vH	99,6	103,5	99,9	100	73,5	60,2	97,0	100
1979	Vorentwurf Kommission	Mrd. ECU	14,060	10,263	0,748	0,390	0,520	0,565	0,599	0,692
	1. Lesung Rat	vH	93,7	97,9	68,4	82,1	54,5	85,4	97,5	100
	Verabschiedung EP	vH	96,0	98,1	74,4	141,8	56,3	88,1	97,6	100
1980	Vorentwurf Kommission	Mrd. ECU	16,287	11,685	0,685	0,810	0,489	0,649	0,677	0,776
	1. Lesung Rat	vH	94,1	99,2	55,1	89,8	75,3	80,8	92,1	103,5
	Verabschiedung EP	vH	99,4	101,7	112,2	89,2	77,6	98,9	91,3	109,3
1981	Vorentwurf Kommission	Mrd. ECU	19,948	13,514	0,763	1,923	0,377	0,749	0,732	1,051
	1. Lesung Rat	vH	96,1	99,5	79,5	86,1	80,4	81,3	92,6	99,2
	Verabschiedung EP	vH	96,9	99,2	89,5	92,3	83,4	81,2	78,9	99,3
1982	Vorentwurf Kommission	Mrd. ECU	22,382	14,805	1,028	2,979	0,456	0,834	0,758	1,136
	1. Lesung Rat	vH	97,1	99,9	77,0	94,2	87,9	87,4	95,0	98,5

1) Zahlungen.- 2) Die 1. Lesung des Parlaments und die 2. Lesung des Rats wurden hier nicht berücksichtigt.- 3) Die vH-Angaben beziehen sich auf den Vorentwurf der Kommission.- 4) Europäisches Parlament.- 5) Der Regionalfonds war rechtlich noch nicht errichtet.

Quellen: EG-Kommission, Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften, div. Jahrgänge; für 1982 Europäische Zeitung vom Okt. 1981.

Bei aller formalen Gleichrangigkeit der Ziele und Tätigkeitsfelder entfallen aber zur Zeit auf die Agrarpolitik allein gut zwei Drittel, auf die Sozial- und Regionalpolitik zusammen weniger als ein Sechstel des Gemeinschaftshaushalts von gegenwärtig (Entwurf 1982) 22 Mrd. ECU. Freilich läßt sich die funktionale Mittelzuweisung nicht durch bloße Ausgabenentscheidungen ausgewogener gestalten. Dies ergibt sich vor allem aus der Konstruktion der Agrarpolitik, nach der die Ausgaben — bei gegebenem Weltmarktpreis, Wechselkurs und „grüner Parität“ — überwiegend von den Erzeugerpreisbeschlüssen des Rates und der Ankaufs- bzw. Ausfuhrerstattungspflicht der staatlichen Vorratsstellen abhängen. Bisher haben diese Maßnahmen bei wichtigen Produkten wie Milchpulver, Butter, Rind- und Kalbfleisch, Zucker und Wein zu Überschüssen geführt, die entweder auf Vorrat genommen oder verbilligt exportiert werden mußten.

Zweifellos besteht hier — allerdings mit negativen Konsequenzen für die Einkommenssituation der Landwirte — ein großes Sparpotential für die Gemeinschaft. Entscheidend für dessen Realisierung ist eine restriktivere Preispolitik auf längere Frist, entweder generell für Überschußprodukte, und dies würde vor allem die kleinen, unproduktiveren Landwirte treffen, oder gestaffelt nach betriebsindividuellen Mengen — dies träfe vor allem die Großanbieter³. Eine Senkung der Produktion in Europa würde das Weltmarktpreisniveau tendenziell steigen lassen⁴. Die Folge wären zusätzliche Ersparnisse, da die Ausfuhrmengen reduziert und je Ausfuereinheit weniger Subventionen gezahlt würden. Allerdings würden

³ Die Problematik soll hier nicht weiter vertieft werden. Für die erste Lösung sprechen strukturpolitische, für die zweite Lösung mittelstandspolitische Erwägungen.

⁴ Die Erfahrung zeigt, daß die Weltmarktpreiselastizität des Angebots z. B. bei Getreide und Fleisch sehr hoch ist.

Struktur der Ausgaben im EG-Haushaltsplan¹⁾ 1970–1981
in vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Agrarsektor	93,65	89,30	84,92 ³⁾	80,95	71,85	72,91	64,98	72,61	72,28	70,15	68,58	67,38
Sozialsektor	1,97	1,41	2,34	5,51	6,34	5,99	5,95	5,11	4,67	5,52	5,56	3,47
Regionalsektor	-	-	-	-	-	2,39	5,61	3,88	4,57	7,55	8,48	10,19
Wirtschaftsförderung	-	1,71	1,83	1,46	2,18	2,09	3,78	2,69	2,50	1,85	2,54	1,67
Entwicklungssektor	0,51	0,51	1,98	0,94	7,42	4,03	3,77	3,00	4,40	4,44	4,60	3,95
Verwaltungssektor	3,13	2,99	4,50	6,07	4,56	4,65	3,90	4,73	4,34	4,00	3,53	3,58
Sonstiges ²⁾	0,74	4,08	4,43	5,07	7,65	7,94	12,01	7,98	7,24	6,49	6,71	9,76
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Zahlungen.- 2) Im wesentlichen Erstattungen.- 3) Einschließlich Wiedereinstellung von Agrarmitteln, zu einem geringen Teil aber auch von Mitteln aus anderen Funktionsbereichen.

Quelle: EG-Kommission, Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften, div. Jahrgänge; Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. L 305 vom 26. Okt. 1981.

auch die Abschöpfungseinnahmen tendenziell sinken. Andererseits würde es zu einer forcierten Stilllegung landwirtschaftlicher Betriebe und damit vorübergehend zu höherer Arbeitslosigkeit kommen, die zumindest im nationalen Rahmen mehr öffentliche Mittel erfordert⁵. Dem ständen jedoch mittelfristig verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten und damit mehr öffentliche Einnahmen gegenüber, wenn die eingesparten Mittel, national oder auf EG-Ebene, wachstums- und beschäftigungsfördernd eingesetzt würden.

In die Agrarintervention fließen zur Zeit jährlich etwa 13 Mrd. ECU. Davon entfallen ca. 1,5 Mrd. allein auf die Lagerkosten der aufgelaufenen Bestände. Freilich stellen die Kosten der Überschußproduktion nicht in voller Höhe Einsparpotential dar. Es sollte aber möglich sein, Garantiebeträge in der Größenordnung von mehreren Mrd. ECU pro Jahr netto einzusparen. Diese Bescheidung ist nötig, da die geringe Preiselastizität der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Anpassung der Produktion an die Aufnahmefähigkeit des Marktes stark erschwert. Drastische Maßnahmen würden die Einkommenssituation auch im Bereich der strukturell besonders erhaltenswerten mittleren Betriebsgrößen unerträglich verschlechtern.

Die Alternative zur bisherigen Überschußproduktion bei überhöhtem Preisniveau besteht in direkten Einkommenstransfers an die Landwirte. Gelegentlich wird vorgeschlagen, derartige Einkommensbeihilfen in die nationale Verantwortung zurückzugeben. Unter dem letztlich relevanten Aspekt der nationalen Haushaltsbelastung hätte dies im ganzen gesehen nur einen optischen Effekt, denn ceteris paribus läßt es die öffentlichen Haushalte unberührt, ob die Regierungen nun über Brüssel oder auf direktem Wege die eigene Landwirtschaft unterstützen. Integrationspolitisch hätte die Renationalisierung der

Beihilfen indes Nachteile, auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden kann⁶.

In den übrigen Funktionsbereichen des Gemeinschaftshaushalts ist ein Einsparpotential, wie es im Agrarsektor gegeben ist, kaum vorhanden. Im Gegenteil: Der Bedarf an Mitteln für die Regional- und die Arbeitsmarktpolitik kann bei weitem nicht gedeckt werden. Dies gilt zumal nach dem Beitritt dreier Länder mit erheblichem Entwicklungsrückstand. Zwar handelt es sich bei den regional- und beschäftigungspolitisch dort erforderlichen Investitionsprogrammen weitgehend um Kreditfinanzierungen, für die die Gemeinschaft ihre spezifischen Instrumente, vor allem die Europäische Investitionsbank und das „Neue Gemeinschaftsinstrument“ der EG-Anleihen, einsetzen kann. Besonders in den rückständigen Regionen können aber die Investoren nur mit Hilfe höherer Investitions- und Zinszuschüsse ermutigt werden.

Bereits vor fünf Jahren, auf einem erheblich niedrigeren Niveau der Arbeitslosigkeit wie der Investitionskosten je Arbeitsplatz und ohne Berücksichtigung der zweiten Beitrittsrunde, war der Bedarf an gemeinschaftlichen Haushaltsmitteln, der für eine Angleichung der regionalen Arbeitsmarktverhältnisse auf einem erträglichen Arbeitslosigkeitsniveau notwendig gewesen wäre, erheblich⁷. Berücksichtigt man die inzwischen fast auf das Doppelte gestiegene Arbeitslosenquote, die Verschärfung des regionalen

⁵ Die zusätzlichen Einnahmehausfälle können wegen der hohen Steuerprivilegien des Landwirtschaftssektors vernachlässigt werden.

⁶ Vgl. etwa Zur Reform der EG-Agrarpolitik. Bearb.: Peter Hrubesch. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 49/80, S. 510.

⁷ Dazu wurden im DIW Modellrechnungen durchgeführt. Vgl. Fritz Franzmeyer und Bernhard Seidel: Zum Investitions- und Finanzierungsbedarf eines beschäftigungsorientierten europäischen Finanzausgleichs. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Heft 2/79, S. 130 f. sowie Tab. 6 und 7 im Anhang.

Struktur der Einnahmen im EG-Haushalt 1971–1981
in vH

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Agrarabschöpfungen	26,4	20,1	10,2	5,0	8,2	13,0	18,6	15,4	11,5	9,6	9,9
Zuckerabgabe	4,8	5,9	2,5	1,5	1,3	1,6	2,4	3,4	3,2	2,9	3,0
Zölle	25,4	31,1	29,6	54,4	50,7	50,8	46,3	36,2	35,6	36,8	32,8
Zwischensumme	56,6	57,1	42,3	60,9	60,2	65,4	67,3	55,0	50,3	49,3	45,7
Finanzbeiträge ¹⁾	41,5	41,1	56,5	38,0	34,8	31,2	29,5	44,0	16,1	4,5	1,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	32,5	45,2	52,1
Sonstige Einnahmen	1,9	1,8	1,2	1,1	5,0	3,4	3,2	1,0	1,1	1,0	0,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Einschließlich des Überschusses aus dem Vorjahr.- 2) Einschließlich restliche Finanzbeiträge.

Quellen: Strasser, Daniel, Die Finanzen Europas, Bonn 1979, S. 556; 13. und 14. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften, jeweils S. 60; Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. L 305 vom 26. Okt. 1981, S. 5-17.

Ungleichgewichts, die Beitrittsrunde, die Geldentwertung und die Kapitalintensivierung, so könnte, wenn man ein solches regionales Beschäftigungsprogramm innerhalb von fünf Jahren realisieren wollte, der jährliche Bedarf an Gemeinschaftsmitteln für diese Zwecke heute die Größenordnung von 10 Mrd. ECU annehmen, gegenüber derzeit vorgesehenen 3,6 Mrd. Eine Verlagerung dieser Anstrengungen auf die nationale Ebene wäre kaum möglich und auch nicht sinnvoll. Denn einmal impliziert ein solches Gemeinschaftsprogramm bereits die zusätzliche Bereitstellung nationaler Mittel, und zweitens geht es ja gerade um den Ausgleich auf Gemeinschaftsebene, was voraussetzt, daß die Mittel des Europäischen Regionalfonds mehr als bisher unabhängig von den vor Jahren festgelegten nationalen Quoten vergeben und auf die rückständigsten Regionen in Irland, Italien, Großbritannien und jetzt auch Griechenland konzentriert werden.

Einnahmensystem

Aus diesen Größenordnungen, in denen der zusätzliche Bedarf etwa an gemeinschaftlicher Entwicklungshilfe oder Forschungsförderung gar nicht berücksichtigt ist, geht hervor, daß nicht nur die im landwirtschaftlichen Garantiefonds einsparbaren Mittel voll in anderen Funktionsbereichen eingesetzt werden müßten, sondern daß darüber hinaus noch ein erheblicher gemeinschaftlicher Finanzbedarf besteht. Soll die ökonomische Integration nicht zum Stillstand kommen, so ist es unumgänglich, der EG schon auf mittlere Frist neue Finanzquellen zu erschließen. Unter allen vorgeschlagenen Modellen erscheint eine Erhöhung der Mehrwertsteuerabführung am praktikabelsten, da in diesem Bereich die Harmonisierung am weitesten fortgeschritten ist. Dabei ist es politisch legitim, z. B. eine sukzessive Anhebung der Obergrenze an deutliche erste

Schritte zur Reform der Agrarpolitik zu binden. Zum Zwecke der Einführung von mehr Besteuerungsgerechtigkeit im Sinne des Leistungsfähigkeitsprinzips wäre erwägenswert, die Abführungssätze nach der Höhe des nationalen Pro-Kopf-Einkommens zu staffeln⁸. Auf diese Weise würde ein großer Teil des britischen „Entschädigungsbedarfs“ für die Nachteile dieses Landes im Agrarsektor hinfällig. Die Bundesrepublik freilich würde gleich in dreifacher Weise zusätzlich belastet: über die Mehrwertsteuerabführung, über die Reduzierung der landwirtschaftlichen Garantieausgaben, von denen sie bisher überdurchschnittlich profitiert, und dadurch, daß die aufzustockenden Gemeinschaftsausgaben in den übrigen Funktionsbereichen kaum in die Bundesrepublik fließen werden. Es ist in einer Situation angespannter öffentlicher Haushalte politisch nur zu verständlich, daß die Bundesregierung derzeit mit am deutlichsten gegen eine Erweiterung des gemeinschaftlichen Finanzrahmens selbst in Form einer linearen Anhebung des Abführungssatzes votiert.

Begrenzung der nationalen Nettopositionen?

Die ökonomisch kaum zu begründende Unausgewogenheit der nationalen Finanzlasten für die Gemeinschaft spricht tatsächlich dafür, mehr System in die Finanzierungsstruktur zu bringen. Dies scheint heute auch im Gemeinschaftsrahmen politisch akzeptiert zu werden. Sichtbar wurde diese Bereitschaft

⁸ Zu dem Vorschlag vgl. u. a. Franzmeyer/Seidel, a.a.O., S. 137; EG-Kommission, Bericht der Sachverständigenkommission zur Untersuchung der Rolle der Öffentlichen Finanzen bei der europäischen Integration (MacDougall-Bericht), Band I: Generalbericht, Brüssel, April 1977, S. 73; Eckard Seeböhm: Nationalstaatliche Landwirtschaftsförderung und europäische Agrarpolitik – Zum Problem der Kompatibilität nationaler Beihilfen mit der gemeinsamen Agrarpolitik, Diss. Göttingen 1980, S. 223 ff.

Nationale Nettosalden der Finanztransfers über den EG-Haushalt nach unterschiedlichen Schätzungen

	Nettosalden ¹⁾ 1980			Nettosalden ²⁾ vor britischer Entlastung, Mill. ECU			
	vor brit. Entlastung insgesamt	nach brit. Entlastung		Schätzung Mai 80		Schätzung Okt. 81	
		insgesamt	je Kopf	1980	1981	1980	1981
	Mill. ECU	ECU					
Belgien	+ 250	+ 198	+ 20,1	+ 484	+ 600	+ 255	+ 388
Bundesrepublik Deutschland	-1 535	-1 909	- 31,0	-1 192	-1 330	-1 540	-1 647
Dänemark	+ 325	+ 295	+ 57,6	+ 422	+ 560	+ 331	+ 302
Frankreich	+ 425	+ 144	+ 2,7	+ 15	+ 20	+ 423	+ 624
Irland	+ 640	+ 630	+183,8	+ 535	+ 670	+ 644	+ 591
Italien	+ 770	+ 646	+ 11,3	+ 808	+ 830	+ 735	+ 619
Luxemburg	+ 230	+ 228	+659,0	+ 287	+ 320	+ 232	+ 283
Niederlande	+ 445	+ 376	+ 26,6	+ 425	+ 560	+ 441	+ 223
Vereinigtes Königreich	-1 550	- 609	- 10,9	-1 748	-2 140	-1 521	-1 505

1) Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums vom Sept. 1981.- 2) Nach Angaben der EG-Kommission.
 Quellen: BMF, Finanznachrichten 30/81 vom 10. Sept. 1981; VWD-Europa Nr. 211/81 vom 3. Nov. 1981.

an den vom Rat beschlossenen Ausgleichszahlungen für Großbritannien, aber auch an den Vorschlägen der EG-Kommission im Rahmen ihres „Mandats 30. Mai“⁹ sowie daran, daß die EG-Kommission selbst seit einigen Jahren Netto-Rechnungen vorlegt, denen sie bis dahin stets die Berechtigung abgesprochen hatte. Im Prinzip erscheint der eingeschlagene Weg richtig. Jedoch dürfte die Korrektur nicht auf Großbritannien beschränkt bleiben, sondern müßte im Prinzip auf alle Mitgliedstaaten anwendbar sein. Außerdem erscheint die Berechnungsformel zu technisch und zu sehr auf einen Teilaspekt – den Europäischen Ausrüstungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft – (EAGFL) – ausgerichtet¹⁰.

Problematisch ist allerdings die Art und Weise, wie heute Nettorechnungen erstellt und politisch verwendet werden: Die Vor- und Nachteile aus der EG-Mitgliedschaft werden auf Nettotransfers öffentlicher Mittel reduziert. Die schiere Bilanzierbarkeit dieser Ströme ist aber kein hinreichendes Kriterium für eine Kosten-Nutzen-Analyse. Insbesondere müßten die wechselseitigen Vorteile aus der Handels- und Kapitalverflechtung einbezogen werden. Der in diesem Zusammenhang gelegentlich zu findende Hinweis auf die Salden im EG-internen Leistungsaustausch (z. B. Überschußposition der Bundesrepublik, Defizitposition Frankreichs) greift allerdings zu kurz, da die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes insgesamt einen handelsschaffenden und wohlfahrtsfördernden Effekt hat. Nur läßt er sich schwer quantifizieren und noch schwerer den Mitgliedstaaten zurechnen. Unumstritten dürfte aber

sein, daß Länder mit hoher Außenhandelsintensität größere Vorteile aus der EG-Mitgliedschaft ziehen. Dazu zählt unter den großen Ländern die Bundesrepublik. Ebenso konsensfähig müßte es sein, daß die hohe Abschöpfungs- und Zollabführung mancher Länder im Lichte des Transitcharakters vieler Warenströme (Rotterdam/Antwerpen-Effekt) bzw. mangelnder Gemeinschaftspräferenz (Großbritannien) zu relativieren ist. Derartige Vor- und Nachteile müssen im Zusammenhang mit den nationalen Nettopositionen gesehen werden; deren Staffelung bleibt ein Politikum.

Neben der geläufigen Berechnungsmethode ist die bisherige Praxis problematisch, die erwartete Nettoposition jeweils durch den in Vorbereitung befindlichen Haushalt zu korrigieren. Wie bei allen Salden, die aus umfangreichen Bruttogrößen resultieren, reagiert die Nettoposition äußerst empfindlich auf Veränderungen von Einnahmen und Ausgaben im EG-Transfer. Dies belegt ein Vergleich der EG-amtlichen Schätzung der Nettopositionen 1981 von Ende Mai 1980 und Ende Oktober dieses Jahres. So wird jetzt die Belastung Großbritanniens um 30 vH

⁹ EG-Kommission: Bericht an den Rat in Durchführung des Mandats vom 30. Mai 1980. In: Bulletin der EG, Beilage 1/81.

¹⁰ Ebenda. Die Kommission schlägt dort (Ziff. 42) vor, die Höhe der Ausgleichszahlung an Großbritannien dadurch zu ermitteln, „daß der Anteil des Vereinigten Königreichs am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft und der auf das Vereinigte Königreich entfallende Anteil der Interventionen des EAGFL/Garantie an den Gesamtaufwendungen dieser Abteilung des Fonds miteinander verglichen werden“.

Vergleich der Ausgaben im EG-Haushalt 1977 nach RE und ECU

	Mill.		Faktor ECU/RE 1)	vH-Veränderung gegenüber 1976	
	RE	ECU		RE-Basis	ECU-Basis ²⁾
Agrarsektor	7 296	7 289	0,999	+26,0	- 1,0
Sozialsektor	190	158	0,832	-58,1	-24,0
Regionalsektor	400	319	0,798	+33,3	-38,7
Wirtschaftsförderung	234	221	0,944	+35,3	-37,0
Entwicklungssektor	270	308	1,141	-19,7	-29,5
Verwaltungssektor	407	486	1,194	+17,3	+ 7,6
Erstattungen an die Mitgliedstaaten	630	630	1,000	+25,2	- 3,7
Sonstiges	158	190	1,203	.	.
Insgesamt	9 584	9 600	1,002	+13,1	-11,4

1) Die Unterschiedlichkeit der Umrechnungsfaktoren hat zwei Ursachen: Einmal ist die Relation der RE zu den nationalen Währungen verschieden. Am 1.2.77 wich die RE wie folgt vom dem ECU-Wert der nationalen Währungen ab: BFR/LFR +21,1; DKR +13,7; DM +36,1; FF ±0; Lit -36,6; HFL +28,7; £ -36,0 (vgl. Strasser, Daniel, Die Finanzen Europas, Bonn 1979, S. 520). Zweitens setzen sich die Ausgaben in den einzelnen Funktionsbereichen in unterschiedlicher Weise nach Empfängerländern (Währungen) zusammen. - 2) Bei dieser Rechnung wurden die in RE ausgewiesenen Zahlen über das DM-Verhältnis von RE und ECU in ECU umgerechnet. Die starken Abweichungen lassen erkennen, daß ein genauer Vergleich früherer Ansätze mit den späteren ebenso problematisch ist wie die Ermittlung von Zuwachsraten, da der EG-Haushalt bis 1977 in RE erstellt wurde, seitdem aber in ECU erstellt wird. Für eine approximative Umrechnung der früheren RE-Größen in ECU-Größen spricht, daß die in nationaler Währung ermittelten Kostenansätze den Umfang des EG-Haushalts bestimmen und daß die ECU die Preis- und Währungsrelationen zwischen den EG-Ländern besser widerspiegelt.

Quelle: EG-Kommission, Elfter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften, S. 50.

geringer, diejenige der Bundesrepublik um knapp ein Viertel größer eingeschätzt als anderthalb Jahre zuvor. Für Frankreich liegt die neueste Schätzung des Einnahmenüberschusses um das 30fache über der alten, für die Niederlande halbiert sich der geschätzte Überschub.

Es kann dem Finanzausgleich nicht dienen, derart variable Größen zum Kriterium für Ex-ante-Verhandlungen über die Höhe von Ausgleichszahlungen zu machen. Dies muß die Fronten nur verhärten, wie derzeit im Falle der britischen Forderungen nach Verlängerung der Ausgleichszahlungen über das Jahr 1981 hinaus. Statt dessen sollten Kompensationszahlungen *ex post* ins Auge gefaßt werden. Dabei sollte der Finanzausgleich primär über die Staffelung der Mehrwertsteuerabführung und über die Ausgabenpolitik in den Bereichen Regional- und Sozialpolitik bewirkt werden. Zusätzlich würden die Netvorteile und -lasten in Relation zum Sozialprodukt oder zur Bevölkerung plafondiert. Überschritte ein Land seinen Plafond, so würden in den übernächsten Haushalt¹¹ eine Nachforderung bzw. eine Ausgleichs-

zahlung eingestellt. Die Nachforderung würde über die Mehrwertsteuerkomponente der Eigeneinnahmen zusätzlich erhoben, die Ausgleichszahlung könnte — wie derzeit im Falle Großbritanniens — zweckgebunden etwa über die nicht-quotengebundene Abteilung des Regionalfonds geleistet werden. Im Prinzip bliebe die Vorwegstaffelung der Mehrwertsteuerabführung erhalten, würde aber durch die Nachforderungen modifiziert. Diese Staffelung wäre zu einem Element der „Finanzverfassung“ auszugestalten und diente dazu, die — insbesondere im Bereich EAGFL/Garantie entstehenden — Korrekturerfordernisse zu minimieren, damit also die Korrekturen politisch konsensfähiger zu machen. Haushaltstechnisch würde diese Regelung keine Schwierigkeiten bereiten. Ex-post-Erstattungen sind auch jetzt schon ein systematisches Element der Haushaltsaufstellung und -abwicklung, und zwar in Höhe der pauschalier-ten Erhebungskosten von 10 vH der Zölle und Ab-

Entwicklung der nationalen öffentlichen Haushalte¹⁾ und des Gemeinschaftshaushalts 1970—1980
Zuwachsraten in vH

	Rechen- einheit	1980/1970	1980/1975
Belgien	ECU	345,3	85,8
Bundesrepublik	ECU	298,4	71,9
Dänemark	ECU	269,7	67,1
Frankreich	ECU	304,6	82,0
Irland	ECU	340,8	100,5
Italien	ECU	252,2	61,5
Niederlande	ECU	381,4	88,1
Vereinigtes Königreich	ECU	245,4	87,0
EG-Haushalt insgesamt	ECU ²⁾	408,1	115,1
dar.:			
Agrarausgaben	ECU	298,2	116,5
Sozialausgaben	ECU	1 128,1	70,6
Regionalausgaben	ECU	-	301,5
EG-Haushalt insgesamt	ECU/RE ³⁾	397,0	158,2
dar.:			
Agrarausgaben	ECU/RE	289,6	159,9
Sozialausgaben	ECU/RE	1 101,3	104,7
Regionalausgaben	ECU/RE	-	381,8

1) Ausgaben der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.- 2) Für 1980 Haushaltsrechenheit. Für 1970 errechnet über die DM-Paritäten der alten Haushaltsrechenheit RE und der ECU. Zur Umrechnungsproblematik vgl. die Fußnoten in der vorhergehenden Tabelle.- 3) Für 1970 RE, für 1980 ECU.

Quellen: eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG, Aggregate, 1960-1979; EG-Kommission, GD II, Economie Européenne, Supplément A vom 2.10.81; EG-Kommission, Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften, div. Jahrgänge; DIW-Wochenberichte Nr. 13/80 und Nr. 38/81.

¹¹ Diese Verzögerung ist erforderlich, weil Abwicklung und Vorbereitung der Haushaltspläne Zeit beanspruchen.

schöpfungen¹² sowie in Höhe zuviel erhobener Einnahmen. Dem politischen Konsens förderlich wäre, daß ein bisher weitgehend unkontrollierter Prozeß rationalisiert und kanalisiert würde.

Problemlösung durch EG oder Nationalstaaten?

Es könnte argumentiert werden, die einfachste Begrenzung der Konflikte im Finanzausgleich der EG-Staaten bestehe darin, den Gemeinschaftshaushalt nur noch schwach expandieren zu lassen und die erwähnten sozial-, regional- und beschäftigungspolitischen Aufgaben primär auf nationaler Ebene zu lösen. Vergegenwärtigt man sich freilich die derzeitigen Größenverhältnisse — der EG-Haushalt macht 0,8 vH des Gemeinsamen Bruttosozialprodukts und knapp 3 vH der öffentlichen Haushalte der Mitgliedstaaten aus —, so wäre es Illusion zu glauben, die absolute Dominanz der Nationalstaaten in der Aufgabenbewältigung könne auf absehbare Zeit überhaupt durch die EG infrage gestellt werden. Jedoch entspricht es dem Integrationsanliegen, daß der Gemeinschaftshaushalt schneller wächst als die nationalen Haushalte. Je mehr Mittel durch den Gemeinschaftshaushalt geschleust werden, desto mehr können Gemeinschaftsvorhaben im engeren Sinne finanziert werden. Dies ist bisher auch durchaus der Fall gewesen. In den siebziger Jahren, als die neuen Politiken entwickelt wurden und die Agrarausgaben im Durchschnitt nicht mehr so rasch gesteigert wurden wie die Gemeinschaftsausgaben insgesamt, expandierte der EG-Haushalt dennoch — z. T. beträchtlich — schneller als die nationalen öffentlichen Haushalte. Dies ist vor allem den Aus-

gaben für sozial- und regionalpolitische Zwecke¹³ zuzuschreiben.

Würde künftig die 1 vH-Grenze für die Mehrwertsteuerabführung festgeschrieben, so wäre eine Aufgabenübertragung im bisherigen Ausmaß nicht mehr möglich. Da diese Grenze fast erreicht ist, wüchse die Mehrwertsteuerabführung nur noch annähernd im Tempo des nominalen Sozialprodukts. Wird im Zuge der Agrarreform das interne an das Weltmarktpreisniveau herangeführt, so dürften die Agrarschöpfungen tendenziell schrumpfen. Die Neigung, im Drittlandshandel mehr und mehr zu informellen mengenmäßigen Beschränkungen — bei gleichzeitigem Zollabbau im Rahmen der GATT-Runden — überzugehen, begrenzt auch stark den Zuwachs des Zollaufkommens aus der Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung. Die integrationspolitisch künftig entscheidenden Politikbereiche könnten dann nur aus der Reduzierung des Agraranteils zusätzlich bedient werden. In Anbetracht des erwähnten Größenverhältnisses zwischen der Gesamtheit der nationalen öffentlichen Haushalte und dem Gemeinschaftshaushalt sowie der zunehmenden Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten dürfte dies die Aufgabenübertragung und damit den Integrationsprozeß auf wichtigen Gebieten zum Stillstand bringen.

¹² Artikel 3, Absatz 1, Unterabsatz 5 des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften. In: Amtsblatt der EG Nr. L 94 vom 28. April 1970, S. 19 ff.

¹³ Mittel für regionale Zwecke wurden erstmals 1975 in den Gemeinschaftshaushalt eingestellt.

Arbeitslosigkeit in Berlin (West) nach Berufen

Das anhaltend hohe und noch steigende Niveau der Arbeitslosigkeit und die geringe Aussicht auf eine baldige Besserung zwingen immer stärker zur Beachtung struktureller Aspekte: Wegen des Überhanges an Arbeitskräften verringern sich die Wiedereingliederungschancen für diejenigen Arbeitslosen, die den Anforderungen weniger gewachsen sind als andere.

Um derartigen Tendenzen entgegenzuwirken, hat das DIW kürzlich gefordert, die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Berlin (West) für nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte, Schwerbehinderte, langfristig Arbeitslose und Frauen — insbesondere Teilzeitarbeit suchende — zu intensivieren¹. In dem vorliegenden Bericht wird untersucht, inwieweit sich Schwerpunkte berufsspezifischer Arbeitslosigkeit herausgebildet haben.

Methodische Vorbemerkungen

Vom Landesarbeitsamt Berlin wurden bisher — im Rahmen bundeseinheitlicher Erhebungen — halbjährlich die Arbeitslosen detailliert nach ihrer beruflichen Zuordnung ausgewiesen². Informationen über berufsspezifische Arbeitslosenquoten, also über das Verhältnis einzelner Arbeitslosengruppen zur ent-

¹ Intensivierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Berlin (West) erforderlich. Bearb.: Klaus-Peter Gaulke. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/1981. Vom Landesarbeitsamt Berlin sind inzwischen Vermittlungsmaßnahmen für schwerbehinderte Arbeitslose — insbesondere für solche mit länger anhaltender Arbeitslosigkeit — verstärkt worden.

² Statistische Mitteilungen des Landesarbeitsamtes Berlin, hektographiert. Ende Mai 1981 wurde keine Erhebung durchgeführt.

Anteile von Beamten an der Zahl der abhängigen Erwerbstätigen in Berlin (West) 1980

Tabelle 1

Berufsbereiche/Berufsabschnitte ¹⁾		Insgesamt	Männer	Frauen
- Anteile in vH -				
I. 1	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	1,2	1,6	-
III. 3-21	Fertigungsberufe	0,5	0,7	0,1
10	Elektriker	5,3	5,9	2,0
21	Maschinisten und zugehörige Berufe	0,2	0,2	-
IV. 22-23	Technische Berufe	6,1	6,8	2,3
22	Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	12,6	12,8	6,7
23	Techniker, Technische Sonderfachkräfte	2,2	2,3	1,9
V. 24-32	Dienstleistungsberufe	15,2	24,8	7,7
25	Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	1,0	1,3	0,6
26	Verkehrsberufe	9,0	9,2	8,1
27	Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	17,1	32,2	8,1
28	Ordnungs- und Sicherheitsberufe	54,8	64,4	15,0
29	Schriftwerk-schaffende, Schriftwerkordnende sowie künstlerische Berufe	7,5	5,2	11,0
30	Gesundheitsdienstberufe	4,7	12,6	3,1
31	Sozial- und Erziehungsberufe, a.n.g. ²⁾ geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	39,7	47,8	34,6
Durchschnitt aller Berufe		10,3	13,6	6,2

1) Berufsbereiche sind durch römische, Berufsabschnitte durch arabische Ziffern gekennzeichnet. - 2) Anderweitig nicht genannte.
Quellen: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

der Beamten sinnvoll ergänzt. Einmal sollten alle vorhandenen Daten zentral aufbereitet werden (die bisherigen Auswertungen werden separat für Landesbeamte, Bundesbeamte⁶, Beamte bei Sozialversicherungsträgern und bei den Religionsgemeinschaften vorgenommen), zum anderen sollten sie tiefer aufgliedert werden, auch nach Berufen. Weil dies bisher nicht geschieht, mußte hier die berufliche Struktur der Beamten, teilweise auch ihre absolute Zahl und ihre Gliederung in Männer und Frauen, geschätzt werden. Dabei wurden die Erhebungen des Personals im öffentlichen Dienst für die absolute Zahl, die Mikrozensus-erhebungen für die geschlechtliche Strukturierung und die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970 – in Form einer DIW-internen Sonderauswertung – für die nach Männern und Frauen getrennte Berufsstruktur zugrunde gelegt.

Die Arbeitslosenquoten in den Berufen mit Beamtenanteilen – vor allem Dienstleistungsbereiche – haben insoweit Schätzcharakter. Die sich aus der Rechnung ergebenden Beamten-Anteile – Stand: 1980 – wurden in der Tabelle 1 aufgeführt.

Die sich auch aus der Rechnung ergebenden durchschnittlichen, noch nicht nach Berufen spezifizierten Arbeitslosenquoten weichen geringfügig von den offiziellen Quoten des Landesarbeitsamtes ab. Dies hat folgende Gründe:

- Die Arbeitsamtstatistik legt den Quoten die jeweiligen Erwerbspersonenzahlen aus dem Mikrozensus des Vorjahres zugrunde. Weil die Zahl der abhängigen Erwerbspersonen in den Jahren 1978, 1979 und 1980 kontinuierlich zugenommen hat, ist die Bezugsbasis dort niedriger als hier, die Quote also höher als in der vorliegenden Rechnung.

sprechenden Beschäftigtenzahl, liegen indes bislang nicht vor³; im folgenden wird versucht, diese Lücke zu schließen.

Arbeitslosenquoten werden gewöhnlich aus dem Verhältnis von Zahl der registrierten Arbeitslosen zu Zahl der abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige zuzüglich Arbeitslose, aber ohne „stille Reserve“) errechnet. Statistische Angaben über die beschäftigten Arbeitnehmer, gegliedert nach Berufen⁴, übernimmt und veröffentlicht das Statistische Landesamt Berlin seit 1978 aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit. Diese Statistik umfaßt jedoch nur sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, also keine Beamten⁵. Immerhin waren 10 vH der abhängigen Erwerbstätigen in den letzten Jahren Beamte. Sie sollen daher hier in die Bezugsgröße der Arbeitslosenquoten einbezogen werden.

Obwohl das Personal des öffentlichen Dienstes statistisch lückenlos erfaßt wird, fehlt bisher noch immer eine Datenaufbereitung, die die Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit hinsichtlich

³ In einer früheren Untersuchung hatte das DIW wegen der damals noch nicht verfügbaren Arbeitnehmerzahlen die berufsspezifische Dauer von Arbeitslosigkeit als Indiz für besondere Friktionen herangezogen. Vgl. Beruf und Ausbildungsniveau der Arbeitslosen in Berlin. Bearb.: Klaus-Peter Gaulke. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1978.

⁴ Statistische Berichte, Reihe A VI 5.
⁵ Nicht enthalten ist auch ein geringer Teil von Angestellten, der nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegt. Dies ist der Fall bei nur geringfügig Beschäftigten und Personen, die nach Vollendung des 63. Lebensjahres und nach Überschreiten einer bestimmten Einkommensgrenze versicherungsfrei werden und sich nicht freiwillig weiterversichern. Dieser Personenkreis konnte hier wegen mangelnder Daten nicht berücksichtigt werden; er dürfte allerdings auf die Ergebnisse auch keinen gravierenden Einfluß haben.
⁶ Noch weiter unterteilt in Bundespost-, Bundesbahn- und übrige Bundesbeamte.

- Vom Arbeitsamt werden nur Erwerbspersonen bis zum 65. Lebensjahr in die Bezugsgröße einbezogen. In der Beschäftigtenstatistik sind jedoch alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer enthalten, also auch die älteren. Ihre Zahl betrug in den betrachteten Jahren zwischen 7 000 und 9 000.
- Mikrozensuszahlen und die hier zugrunde gelegten Erwerbspersonenzahlen weichen aus erhebungstechnischen Gründen voneinander ab.

Berufsspezifische Arbeitslosenquoten wurden – den verfügbaren Daten entsprechend – jeweils für Ende Mai und Ende September der Jahre 1978, 1979 und 1980 berechnet. Basis war die Zahl der Arbeitnehmer zur Jahresmitte. Die berufliche Differenzierung erfolgte nach der amtlichen Klassifikation der Berufe⁷ in der Tiefe, die die veröffentlichte Arbeitnehmerstatistik zuließ.

Ergebnisse

Die Ergebnisse der Berechnungen sind detailliert in der Tabelle 2 ausgewiesen; für Berufskategorien mit weniger als 100 Erwerbspersonen wurde auf Angaben verzichtet.

Auffallend ist, daß die berufsspezifischen Quoten nur in Einzelfällen erheblich schwanken; in der Mehrzahl liegen sie jeweils gleichbleibend über oder unter dem Durchschnitt. Bei dieser Konstellation sollen Strukturunterschiede dadurch sichtbar gemacht werden, daß man der weiteren Betrachtung die Durchschnittswerte aller sechs Zeitpunkte zugrunde legt.

Zur Identifikation von Schwerpunkten der Arbeitslosigkeit erweist sich neben der Angabe von Arbeitslosenquoten allerdings noch mindestens eine weitere Dimension als erforderlich: Der Anteil der abhängigen Erwerbspersonen in der jeweiligen Berufskategorie an der Gesamtzahl aller abhängigen Erwerbspersonen⁸. Arbeitslosenquoten und Anteile an den abhängigen Erwerbspersonen sind in den Abbildungen getrennt für Männer und Frauen sichtbar gemacht worden. Dabei sind nur diejenigen Berufsabschnitte graphisch aufbereitet, die jeweils 1 vH und mehr der abhängigen Erwerbspersonen ausmachten. Schwerpunktbereiche berufsspezifischer Arbeitslosigkeit werden so unmittelbar erkennbar; Berufsabschnitte, bei denen die Arbeitslosenquoten über dem dreijährigen Durchschnitt von 3,8 vH (für Männer und Frauen zusammen) lagen, sollen im folgenden gesondert behandelt werden. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß Berufsabschnitte relativ grobe Zusammenfassungen von Einzelberufen sind. Auf strukturelle Besonderheiten innerhalb der Be-

rufsabschnitte wird im folgenden anhand der Daten von September 1980 hingewiesen.

Schwerpunkte berufsspezifischer Arbeitslosigkeit

Betrachtet werden die wichtigsten Ergebnisse der Durchschnitte aus den sechs Erhebungszeitpunkten. Die einzelnen speziellen Arbeitslosenquoten und das Gewicht der einzelnen Arbeitslosenquoten im Berufsspektrum der abhängigen Erwerbspersonen sind aus den Abbildungen zu ersehen. Hier sollen einige Ergänzungen und Erläuterungen hinzugefügt werden.

- Bei den *Chemiearbeitern und Kunststoffverarbeitern* resultiert die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit allein aus der Situation bei den Kunststoffverarbeitern; hier betrug die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei Männern 9,2 vH und bei Frauen 7,6 vH.
- Im Berufsabschnitt *Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker* konzentrierte sich die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit auf Frauen. Ende September 1980 waren vor allem Buchbinderinnen und sonstige Papierverarbeiterinnen – zusammen etwa drei Viertel der weiblichen Arbeitslosen des Berufsabschnitts – arbeitslos.
- Bei den *Metallerzeugern, -bearbeitern* war bei Männern die Arbeitslosigkeit bei Metallverbindern mit 7,3 vH erheblich höher als bei Metallverformern (3,0 vH). Bei den Frauen waren im September 1980 besonders Blechpresser, -zieher, -stanzer sowie Drahtverformer, -verarbeiter, Bohrer und Lötter betroffen.
- Die Sammelkategorie der *Montierer und Metallberufe, soweit anderweitig nicht genannt*, enthält neben „sonstigen“ Montierern und Metallarbeitern ohne nähere Angaben vor allem Elektrogeräte- und Elektroteilemontierer. In den letztgenannten Elektrohilfsberufen sind vor allem Frauen beschäftigt; Ende September 1980 waren nahezu 700 von ihnen arbeitslos, davon 40 vH länger als ein Jahr. Besonders dürften sich hier Rationalisierungsmaßnahmen bei Elektrokonzernen ausgewirkt haben.

⁷ Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Klassifizierung der Berufe, Stuttgart und Mainz 1970. Die berufliche Strukturierung allein läßt in vielen Fällen keine Aussagen über das Qualifikationsniveau (Ungelernte, Facharbeiter usw.) zu.

⁸ Weitere Dimensionen, denen hier nicht ausführlich nachgegangen werden kann, wären Betroffenheit von Arbeitslosigkeit (Zugänge an arbeitslosen Personen bezogen auf die Zahl der abhängigen Erwerbspersonen), Mehrfacharbeitslosigkeit, Dauer der Arbeitslosigkeit sowie die Offene-Stellen-Situation. Vgl. hierzu: Franz Egle: Regionale Unterschiede in den Arbeitslosen- und Offene-Stellen-Quoten. In: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 7/1978.

Tabelle 2

Berufsspezifische Arbeitslosenquoten

Berufsbereiche/Berufsabschnitte/ ausgewählte Berufsgruppen ¹⁾	I n s g e s a m t					
	Mai	Sept.	Mai	Sept.	Mai	Sept.
	1978	1978	1979	1979	1980	1980
I. Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe (1)	4,3	3,9	2,3	3,4	3,4	3,1
II. Bergleute, Mineralgewinner (2)
III. Fertigungsberufe (3-21)	5,7	3,8	4,0	3,1	4,2	3,3
davon:						
3 Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	4,4	1,4	2,0	2,0	3,0	2,6
4 Keramiker, Glasmacher	2,0	2,2	1,1	2,0	1,4	2,1
5 Chemiarbeiter, Kunststoffverarbeiter	6,8	5,4	5,9	4,4	6,1	5,0
davon:						
5a Chemiarbeiter	4,2	3,1	3,6	3,1	4,3	3,8
5b Kunststoffverarbeiter	10,4	8,8	9,1	6,2	8,8	6,8
6 Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	3,3	3,1	2,9	2,9	3,1	3,0
davon:						
6a Papierhersteller, -verarbeiter	4,0	3,8	3,9	3,5	3,9	4,1
6b Drucker	2,8	2,4	2,2	2,4	2,4	2,1
7 Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	11,9	11,2	9,1	9,1	7,1	8,1
8 Metallerzeuger, -bearbeiter	5,2	4,1	5,7	4,5	4,8	4,2
darunter:						
8a Metallverformer	2,4	3,2	4,5	4,2	4,1	3,7
8b Metallverbinder	8,6	6,0	9,4	6,2	6,7	5,3
9 Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	3,6	2,5	2,7	1,9	2,6	2,2
10 Elektriker	2,6	2,1	2,5	2,2	2,1	1,9
11 Montierer und Metallberufe a.n.g. ²⁾	10,6	7,7	7,9	6,6	7,5	6,5
12 Textil- und Bekleidungsberufe	4,4	3,5	4,3	3,2	4,5	3,6
darunter:						
12a Textilverarbeiter	4,1	3,3	4,4	3,2	4,6	3,4
13 Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	6,1	2,6	5,3	3,5	5,2	3,0
14 Ernährungsberufe	4,2	3,0	3,4	2,3	3,4	3,0
darunter:						
14a Back- und Konditorwarenhersteller	4,5	3,0	3,9	2,3	2,9	2,6
14b Fleisch-, Fischverarbeiter	2,8	2,1	2,7	1,8	3,3	2,4
14c Speisenbereiter	4,0	3,2	3,3	2,1	3,1	2,8
15 Bauberufe	10,3	4,1	3,1	1,7	4,5	2,8
darunter:						
15a Maurer, Betonbauer	8,7	1,5	1,2	1,0	2,2	1,1
16 Bau-, Raumausstatter, Polsterer	6,1	2,5	2,5	1,3	3,0	1,5
17 Tischler, Modellbauer	2,1	2,1	1,3	1,2	1,6	1,7
18 Maler, Lackierer und verwandte Berufe	2,4	2,1	3,1	1,6	2,8	1,8
19 Warenprüfer, Versandfertigtmacher	4,9	4,6	4,2	3,7	4,3	3,5
20 Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	17,4	13,3	12,1	12,6	16,7	11,7
21 Maschinisten und zugehörige Berufe	2,8	1,7	1,5	1,6	2,0	1,6
IV. Technische Berufe (22-23)	4,4	3,9	3,0	3,0	3,1	3,3
davon:						
22 Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	7,1	6,2	4,8	4,6	5,0	5,4
23 Techniker, Technische Sonderfachkräfte	2,7	2,5	2,0	2,1	1,9	2,0
davon:						
23a Techniker	1,8	1,7	1,4	1,5	1,3	1,4
23b Technische Sonderfachkräfte	6,1	5,6	4,0	4,0	4,0	4,1
V. Dienstleistungsberufe (24-32)	3,6	3,2	3,1	3,0	3,5	3,4
davon:						
24 Warenkaufleute	4,6	4,2	4,4	4,2	5,1	5,1
25 Dienstleistungskaufleute und zugeh. Berufe	1,9	1,8	2,0	1,9	2,3	2,4
26 Verkehrsberufe	5,1	4,2	3,9	3,8	4,4	3,9
27 Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	2,5	2,5	2,4	2,3	2,6	2,6
darunter:						
27a Bürofach-, Bürohilfskräfte	2,8	2,8	2,7	2,5	2,8	2,8
28 Ordnungs- und Sicherheitsberufe	1,8	1,7	1,6	1,3	1,6	1,6
29 Schriftwerkschaffende, schriftwerkordnende und künstlerische Berufe	9,1	8,2	8,4	7,9	8,8	9,5
30 Gesundheitsdienstberufe	2,4	2,1	1,9	1,9	2,0	1,9
31 Sozial- und Erziehungsberufe, a.n.g. ²⁾						
geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	5,4	5,4	5,0	4,7	5,1	5,5
darunter:						
31a Sozialpflegerische Berufe	5,2	5,0	4,7	4,1	4,4	5,1
32 Allgemeine Dienstleistungsberufe	3,9	3,2	2,9	2,4	3,6	3,2
darunter:						
32a Gästebetreuer	4,9	4,4	3,4	3,1	4,2	3,6
32b Reinigungsberufe	3,9	3,0	2,9	2,3	3,6	3,2
VI. Sonstige Arbeitskräfte (33)	40,3	45,9	38,7	38,0	41,1	38,8
Durchschnitt aller Berufe	4,4	3,7	3,6	3,2	3,9	3,6

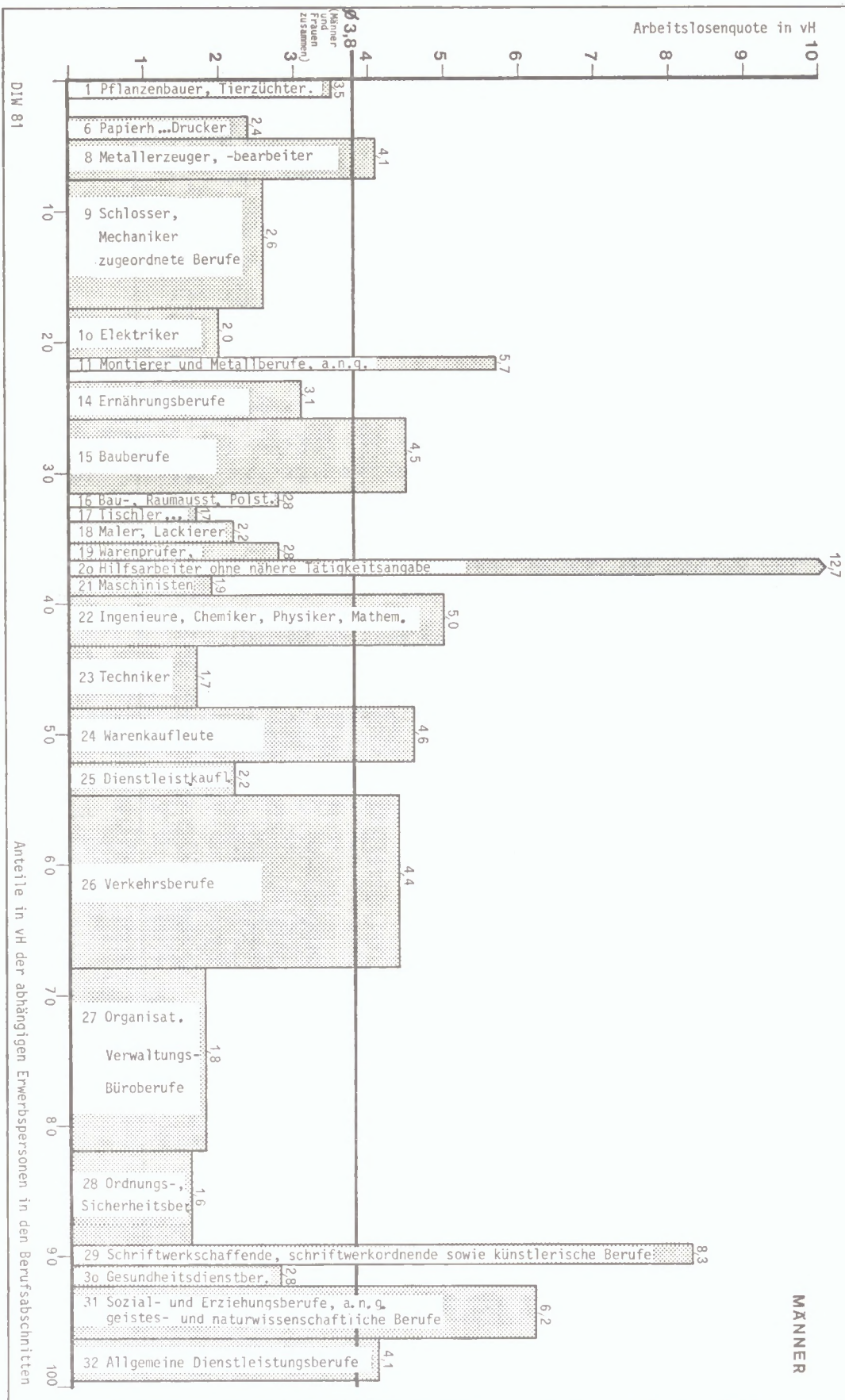
1) Berufsbereiche sind durch römische Ziffern, Berufsabschnitte durch arabische Ziffern, Berufsgruppen und -verbindungen zusätzlich durch lateinische Buchstaben gekennzeichnet. - 2. Anderweitig nicht genannt(e).

in Berlin (West)

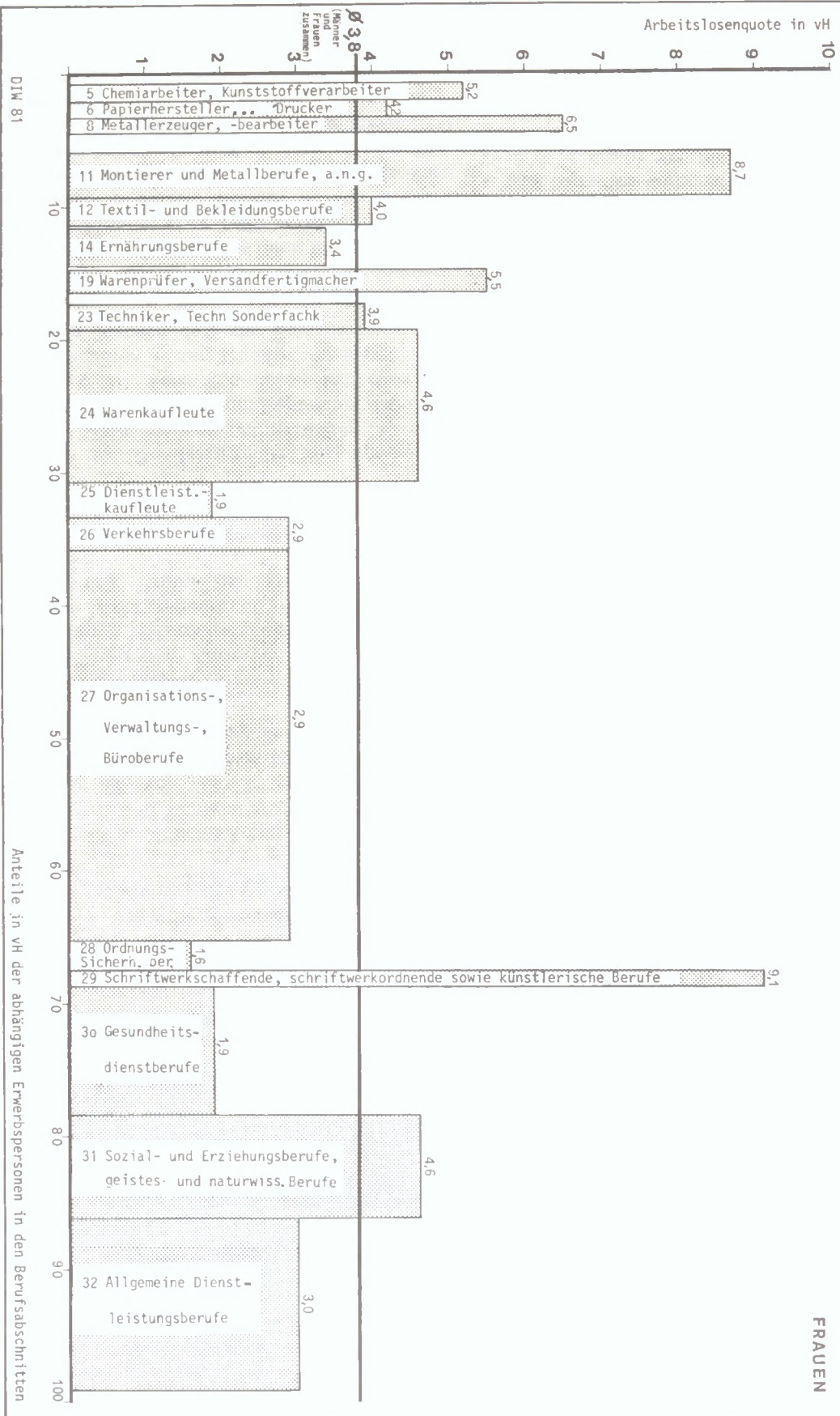
Kategorie	M ä n n e r						F r a u e n					
	Mai	Sept.	Mai	Sept.	Mai	Sept.	Mai	Sept.	Mai	Sept.	Mai	Sept.
	1978	1978	1979	1979	1980	1980	1978	1978	1979	1979	1980	1980
I. (1)	4,7	4,5	2,4	2,8	3,4	3,2	3,0	2,2	2,0	4,9	3,3	3,0
II. (2)
III. (3-21)	5,2	3,2	3,2	2,4	3,8	2,8	7,0	5,5	6,1	5,2	5,5	4,9
davon:												
3	5,3	1,5	2,4	2,5	3,7	3,2	0,7	0,7	0,3	0,3	0,3	0,3
4	1,4	2,2	0,7	1,2	1,2	2,5	3,1	2,4	1,9	3,7	1,9	1,4
5	9,0	5,7	5,8	4,0	6,9	5,0	4,7	5,2	5,9	4,7	5,4	5,1
davon:												
5a	5,6	3,3	3,7	2,8	4,3	2,9	3,1	2,9	3,5	3,4	4,3	4,6
5b	13,5	8,8	8,7	5,8	10,4	7,7	7,2	8,9	9,6	6,7	7,2	5,9
6	2,9	2,4	2,1	2,2	2,4	2,2	4,1	4,1	4,3	4,0	4,2	4,4
davon:												
6a	3,7	3,5	3,5	2,9	3,5	3,1	4,2	4,1	4,1	3,8	4,2	4,8
6b	2,6	2,1	1,7	1,9	2,1	1,8	4,0	4,1	4,6	4,7	4,1	3,4
7												
8	11,4	9,7	6,5	6,1	6,0	8,0
darunter:	4,2	3,5	5,1	4,0	4,4	3,6	8,0	5,9	7,4	5,9	6,0	5,8
8a	1,2	2,7	3,9	3,7	3,4	3,0	6,2	4,7	6,7	5,9	6,3	6,1
8b	7,8	5,6	10,6	5,8	8,4	5,7	9,6	6,7	7,7	6,6	4,6	4,8
9	3,7	2,5	2,7	1,9	2,7	2,2	1,9	1,8	1,9	2,6	1,4	1,8
10	2,4	1,9	2,3	2,0	1,9	1,6	3,6	2,9	3,8	3,4	3,1	3,2
11	7,0	5,9	4,9	4,3	6,7	5,2	12,1	8,5	9,1	7,6	7,9	7,1
12	4,8	3,9	3,6	2,7	3,7	4,0	4,3	3,4	4,5	3,3	4,8	3,5
darunter:												
12a	3,5	3,8	3,3	2,9	2,8	3,6	4,1	3,3	4,5	3,2	4,8	3,4
13	4,4	1,8	4,1	3,8	4,2	3,8	7,9	3,5	6,5	3,2	6,2	2,1
14	4,0	2,9	3,4	2,2	3,2	2,9	4,4	3,2	3,4	2,5	3,6	3,0
darunter:												
14a	3,9	2,6	3,2	1,9	2,7	2,4	10,1	7,4	9,7	6,0	4,5	4,2
14b	2,2	1,8	2,6	1,8	3,1	2,5	5,4	3,7	3,3	3,2	4,1	2,0
14c	4,9	3,7	3,9	2,5	3,5	3,1	3,5	2,8	3,0	1,9	2,8	2,6
15	10,4	4,1	3,1	1,7	4,6	2,8	1,2	1,5	0	0,6	0	0,3
darunter:												
15a	8,7	1,5	1,2	1,0	2,2	1,1
16	6,2	2,5	2,4	1,2	2,9	1,4	3,1	2,5	3,2	5,1	5,3	5,3
17	2,1	2,1	1,3	1,2	1,5	1,6
18	2,3	2,0	3,1	1,3	2,9	1,7	3,5	3,2	5,3	7,2	2,0	3,6
19	3,8	3,1	2,5	2,1	2,8	2,6	5,9	6,0	5,7	5,1	5,6	4,4
20	15,9	11,7	9,7	9,7	18,2	10,0	20,2	16,5	16,9	18,3	13,4	15,0
21	2,8	1,7	1,5	1,5	2,0	1,6	.	.	3,6	7,8	3,4	0
IV (22-23)	4,1	3,5	2,7	2,7	2,8	3,0	6,0	5,9	4,8	5,0	4,8	4,8
davon:												
22	6,6	5,7	4,2	4,1	4,5	4,9	18,8	18,4	16,9	15,5	16,1	15,5
23	2,1	1,9	1,5	1,6	1,4	1,5	4,7	4,6	3,4	3,8	3,5	3,6
davon:												
23a	1,6	1,5	1,2	1,3	1,2	1,4	2,7	2,6	2,4	2,9	2,6	2,3
23a	6,1	4,8	3,7	3,5	3,8	3,6	6,1	6,0	4,2	4,2	4,1	4,4
V. (24-32)	3,8	3,4	3,2	3,0	3,6	3,5	3,4	3,1	3,1	2,9	3,3	3,3
davon:												
24	4,5	4,3	4,4	4,3	5,2	5,1	4,6	4,1	4,3	4,2	5,1	5,1
25	2,1	2,1	2,1	1,9	2,3	2,6	1,6	1,4	1,9	1,9	2,2	2,1
26	5,4	4,4	4,1	3,9	4,6	4,0	2,9	2,8	2,8	3,1	2,6	2,8
27	1,8	1,7	1,7	1,7	2,1	2,0	2,9	3,0	2,8	2,7	2,8	2,9
darunter:												
27a	2,4	2,3	2,3	2,3	2,9	2,5	2,9	3,0	2,8	2,6	2,8	2,9
28	1,9	1,7	1,6	1,3	1,6	1,5	1,6	1,5	1,4	1,1	1,7	1,9
29												
30	8,8	8,4	7,7	7,0	8,4	9,4	9,5	8,0	9,3	9,1	9,2	9,6
31	2,9	2,5	2,5	2,9	3,0	3,0	2,3	2,0	1,8	1,7	1,8	1,7
darunter:												
31a	6,5	6,5	5,9	5,9	6,0	6,5	4,8	4,7	4,5	4,0	4,5	4,9
31a	6,6	6,6	6,3	5,8	6,2	7,1	4,9	4,7	4,4	3,7	4,0	4,6
32	5,5	4,3	3,1	2,9	4,6	4,2	3,5	2,9	2,8	2,3	3,3	2,9
darunter:												
32a	5,7	5,4	3,2	3,9	4,6	4,4	4,1	3,5	3,6	2,5	3,9	2,8
32b	5,7	3,7	3,1	2,3	4,6	4,2	3,5	2,8	2,9	2,2	3,4	3,0
VI. (33)	42,8	47,4	40,6	39,0	43,7	39,1	38,1	44,5	37,0	37,1	38,1	38,5
Durchschnitt	4,6	3,6	3,3	3,0	3,9	3,4	4,3	3,9	3,9	3,6	4,0	3,9

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Landesarbeitsamt Berlin; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

ARBEITSLOSIGKEIT NACH BERUFSABSCHNITTEN IN BERLIN (WEST)
 IM DURCHSCHNITT DER JAHRE 1978, 1979 U. 1980



ARBEITSLOSIGKEIT NACH BERUFSABSCHNITTEN IN BERLIN (WEST)
 IM DURCHSCHNITT DER JAHRE 1978, 1979 u. 1980



DIW 81

Die hohen Arbeitslosenquoten in diesem Berufsabschnitt (Männer 5,7 vH, Frauen 8,7 vH) dürften auch statistische Ursachen haben: In der Beschäftigtenstatistik sind vermutlich weniger unpräzise Berufsangaben vorhanden als in der Arbeitslosenstatistik, weil erstere in den Lohnbüros der Betriebe – also mit genaueren Kenntnissen der persönlichen Daten – erhoben und somit relativ weniger Personen in dieser Restkategorie gezählt werden. Die Basis für die Quotenberechnung ist deshalb tendenziell zu niedrig.

- Bei den nahezu vollständig mit Männern besetzten *Bauberufen* wechselt die Beschäftigungslage erheblich. Hierin spiegeln sich ausgeprägte Konjunkturlinien. Ein struktureller Aspekt der Arbeitslosigkeit in diesem Berufsabschnitt ist auch die Qualifikation der Arbeitslosen: Während im September 1980 fast 80 vH aller arbeitslosen Bauarbeiter nicht qualifiziert waren, betrug der entsprechende Anteil bei den offenen Stellen nur gut 6 vH. Von Arbeitslosigkeit betroffen waren in den Bauberufen somit fast ausschließlich Bauhilfsarbeiter.
- Die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit bei den *Warenprüfern und Versandfertigmachern* trat nur bei Frauen auf, vor allem in der letztgenannten Gruppe. Über ein Drittel von ihnen war im September 1980 länger als ein Jahr ohne Beschäftigung.
- Bei den *Hilfsarbeitern ohne nähere Tätigkeitsangabe* – dies sind nach der Berufssystematik nur diejenigen Hilfsarbeiter, die anderen Berufskategorien nicht zugeordnet werden können – spiegeln sich wegen des Restcharakters der Berufskategorie vermutlich die gleichen statistischen Effekte wider wie bei den bereits behandelten „anderweitig nicht genannten Montierern und Metallberufen“.
- Innerhalb des Berufsabschnitts der *Ingenieure, Chemiker, Physiker und Mathematiker* lag nach der Arbeitslosenstatistik vom September 1980 der Hauptgrund für diese überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten in der Arbeitsmarktsituation der Ingenieure, insbesondere der Bauingenieure.
- Die Arbeitslosenprobleme bei den *Warenkaufleuten* haben quantitativ besondere Bedeutung: Im September 1980 gab es hier über 3 000 Arbeitslose, darunter etwa 2 400 Verkäufer. Gezielte Maßnahmen in diesem Bereich würden deshalb auch gesamtwirtschaftlich fühlbare entlastende Wirkungen haben. Zu denken wäre an eine Förderung von Teilzeitarbeit, die im September 1980 von einem Drittel der Arbeitslosen dieses Berufsabschnitts gewünscht wurde.
- Das Schwergewicht der Arbeitslosigkeit innerhalb der *Verkehrsberufe* lag im September 1980 bei

den Lager- und Transportarbeitern, von denen über 80 vH keine formale berufliche Qualifikation aufwiesen, gefolgt von Kraftfahrzeugführern (zwei Drittel ohne Berufsabschluß).

- Bei den *schriftwerkschaffenden, schriftwerkordnenden sowie künstlerischen Berufen* waren besonders darstellende und bildende Künstler sowie technisches Personal für Bühne, Film und Fernsehen, aber auch Publizisten von Arbeitslosigkeit betroffen.
- In dem Berufsabschnitt der *Sozial- und Erziehungsberufe, anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe* konzentriert die „Akademikerarbeitslosigkeit“ der Stadt, die teilweise auch auf den Charakter Berlins als Universitätsstadt zurückgeführt werden muß. Bei den sozialpflegerischen Berufen dieses Abschnitts waren im September 1980 in erster Linie Sozialpädagogen und Kindergärtnerinnen arbeitslos, wenn auch die Dauer der Arbeitslosigkeit bei diesen Personen weit unterdurchschnittlich war. Bei den geistes- und naturwissenschaftlichen Berufen dominierten Soziologen und Psychologen, gefolgt von Betriebswirten und Politologen. Insgesamt 620 Lehrer waren zu diesem Zeitpunkt ohne Beschäftigung.
- In den allgemeinen *Dienstleistungsberufen* waren allein Männer überdurchschnittlich arbeitslos.

Fazit

Korrespondierend mit bisherigen Erkenntnissen aus Arbeitsmarktbeobachtungen fällt auf, daß in den Schwerpunkten der Arbeitslosigkeit entweder Erwerbspersonen mit geringer oder ohne Qualifikation auf der einen, mit höherer Ausbildung – meist Hochschulqualifikation – auf der anderen Seite zu finden waren; mittlere Qualifikationen waren kaum Problemfälle des Arbeitsmarktes.

Als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die der Gefahr einer strukturellen Verhärtung der Arbeitslosigkeit entgegenwirken können, kommen daher in erster Linie Qualifizierungsmaßnahmen für die große Zahl nicht qualifizierter Arbeitsloser in Betracht. Nach der Strukturanalyse des Landesarbeitsamtes vom September 1980 waren 62 vH aller Arbeitslosen nicht qualifiziert. Im Durchschnitt der hier aufgeführten Schwerpunktbereiche beträgt der Anteil 65 vH; ohne die fast ausschließlich Akademikern und Fachschulabsolventen vorbehaltenen Berufsabschnitte 22, 29 und 31 ergibt sich eine Quote von 86 vH nicht qualifizierter Arbeitsloser – bei Männern 83 vH, bei Frauen sogar 90 vH.

Es ist mithin erneut die Forderung zu erheben, nicht nur die individuelle Förderung der beruflichen Bildung in Berlin zu intensivieren, sondern darüber

hinaus auch Zuschüsse für Einarbeitung verstärkt als Vermittlungshilfe zu nutzen. Gerade für Arbeitslose, die nicht mehr im üblichen Ausbildungsalter sind, erscheint die unmittelbare Qualifikation am Arbeitsplatz im Rahmen individueller Einarbeitung leichter akzeptierbar als der Besuch schulähnlicher Lehrgänge. Mit solchen finanziellen Hilfen kann zwar das Niveau der Arbeitslosigkeit nicht wesentlich gesenkt werden; dafür sind global wirkende konjunktur- und wachstumspolitische Maßnahmen erforderlich. Verhindert werden kann aber, daß ein immer größerer

Anteil von Arbeitslosen grundsätzlich nicht mehr vermittelbar wird. Die Gefahr von „Mitnahmeeffekten“ ist bei einer Konzentration der Maßnahmen auf tatsächliche Problemgruppen als gering zu erachten⁹.

⁹ Vgl. hierzu G. Schmid und K. Semlinger: Instrumente gezielter Arbeitsmarktpolitik: Kurzarbeit, Einarbeitungszuschüsse, Eingliederungsbeihilfen, Königstein/Ts. 1980, besonders S. 77 und S. 183; sowie K. Semlinger: Erfordernisse und Möglichkeiten einer gezielten Arbeitsmarktpolitik. In: Wirtschaftsdienst, Heft 1980/X, S. 492 ff.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR).** Eine Neuberechnung. Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr. 132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr. 133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr. 134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Fehlprogrammierte Reform? Bearbeitet von Fritz Franzmeyer. —

Arbeitslosigkeit in Berlin (West) nach Berufen. Bearbeitet von Klaus-Peter Gaulke.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.